

Fair-Food – eine Initiative zwischen Kosmetik und Bumerang

Anita Fetz, Ständerätin BS

Konsumentinnen-Tagung vom 5. Sept. 2018

Warum ich nein sage

1. Das Meiste steht schon in Verfassung oder Gesetzen
2. Die Importbehinderung erhöht das Risiko, dass «die Anforderungen» im Inland sinken
3. Zuerst zu Hause für ökologische Lebensmittel sorgen, bevor man anderen Vorschriften macht.
4. Fazit

1. Das steht heute in der Verfassung

Art. 104 Landwirtschaft

³ Er richtet die Massnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllt.

Er hat insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben:

- a. (...)
- b. Er fördert mit wirtschaftlich lohnenden Anreizen Produktionsformen, die **besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich sind.**
- c. Er erlässt **Vorschriften zur Deklaration von Herkunft, Qualität, Produktionsmethode und Verarbeitungsverfahren für Lebensmittel.**
- d. Er **schützt die Umwelt** vor Beeinträchtigungen durch überhöhten Einsatz von Düngstoffen, Chemikalien und anderen Hilfsstoffen.
- e. (...)
- f. (...)

1. Angenommen vor einem Jahr

Art. 104a Ernährungssicherheit

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund

Voraussetzungen für:

- a. (...);
- b. eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;
- c. (...);
- d. grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;
- e. einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.

2. Interpretation des Importverbot

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 104b Lebensmittel

1 Der Bund stärkt das Angebot an Lebensmitteln, die von guter Qualität und sicher sind und die umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. *Er legt die Anforderungen* an die Produktion und die Verarbeitung fest.

2 *Er stellt sicher*, dass eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die als Lebensmittel verwendet werden, *grundsätzlich mindestens den Anforderungen nach Absatz 1 genügen*; für stärker verarbeitete und zusammengesetzte Lebensmittel sowie für Futtermittel strebt er dieses Ziel an. Er begünstigt eingeführte Erzeugnisse aus fairem Handel und bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betrieben.

2. Deklarationspflicht, Zölle und Freihandel

- Deklaration von schädlichen Produkten heute möglich: z.B. Batteriehühner, Hormonfleisch, weitere wären möglich ohne FF
- Freihandel und WTO: dort Problem, wo es Länder mit grossen LW-Gebieten gibt. Bsp: Malaysia: Palmöl durch Abholzen Regenwald
- Bsp. Robben-Einführverbot: kein WTO-Fall, weil nicht protektionistisch sondern tierschützerisch – mehr Mut für ähnliche Entscheide

Kollateralschäden:

- Direkte Kooperationen zw. Handel und Produzenten im Fairfood-Bereich, entsprechen zum Teil nicht den Schweizer Anforderungen
- Bei Gefahr für Exportwirtschaft würden die Schweizer Anforderungen gesenkt

3. CH: schon ökologische Lebensmittel?

- Die Schweizer Landwirtschaft hat ein gutes ökologische Image
- Zusatz-Abgeltung von ökolog. Leistungen
- Eine gutbetuchte, städtische Käuferschaft kann sich die teureren Bioprodukte leisten. Darum wächst der Bedarf
- Die anderen halten sich an Billigimporte und gehen über die Grenze einkaufen

Grosszügig vom Steuerzahler mitfinanzierte PR-Kampagnen verteilen diese positive Bild in alle Schweizer Stuben

3. Sind das die Schweizer Anforderungen für Importe?

Die Fakten sehen anders aus:

- 2000 T Pestizide/Jahr durch LW landen in unseren Gewässern – 7kg/Hektare = doppelt so viel wie in D oder A
- 20% des Nutztierfutters sind Futtermittelimporte! z.B. Sojaschrott – vernichtet grosse Urwaldflächen (z.B. Brasilien), Produktionsbolzerei von Fleisch und Milch im Inland falsch
- Bsp Hühner: 70Mio/Jahr geschlachtet, leben auf A4 grossem Platz
- Miserable Energieeffizienz: 2,5 mal mehr Energie-Input als Kalorien-Output (überdimensionierter Maschinenpark, subventioniertes Benzin etc.)

4. Fazit

- Entscheidend ist Umsetzung der Verfassung, nicht noch mehr schöne Worte
- Ansatz für Verbesserung bzgl. Importe ist Ausbau der Deklarationspflicht, Steuerung durch Zölle - schon heute möglich
- Bevor wir anderen Vorschriften machen, sollten wir die eigene LW wirklich ökologisieren
- Stärkere Umverteilung der Direktzahlungen zugunsten ökolog. Produktion im Inland
- Ohne Einsicht der Konsumentinnen, dass wir viel zu viel Fleisch essen, ist weder die FF-Initiative noch der Klimaschutz umsetzbar.